

## Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2026

Nr. gem. der Haushaltsrede	Antrags-Nr.	Antrag	Federführendes Amt	Beteiligtes Amt	Beantwortung
1. Antrag CDU	AN/109/24	Die CDU-Fraktion beantragt eine Haushaltsstrukturkommission 2026 für die Aufstellung des Haushaltes 2027 einzusetzen. Diese hat 2025 gute Arbeit geleistet. Da absehbar auch 2027 weitere Maßnahmen zur Deckung des Haushaltes notwendig sein werden, soll die Haushaltsstrukturkommission auch 2026 eingesetzt werden	20	II	Die Stadtverwaltung steht dem Vorschlag offen gegenüber. Die Beratungsfolge für die Haushaltsplanberatungen des Jahres 2027 wird daher im ersten Schritt dem Ältestenrat vorgeschlagen. Siehe Antrag AN 103/24
2. Antrag CDU	AN/110/24	Wir beantragen, dass die Suchfunktion in Mandatos entscheidend verbessert wird. Aktuell ist eine Recherche nur möglich, wenn man sich an das Datum der Sitzung erinnert und dort die Unterlage sucht.	II		Die Stadtverwaltung hat mit dem Softwarehersteller Kontakt aufgenommen, um die Suchfunktion insbesondere im Hinblick auf die künftig digital erfassten Protokolle zu erweitern bzw. zu verbessern.
3. Antrag CDU	AN/111/24	Wir beantragen eine übersichtlichere Darstellung für die Liste der Ermächtigungsüberträge insbesondere für unsere Investitionsmaßnahmen. Dabei soll eine zusätzliche Spalte aufgenommen werden, wann diese Maßnahme erstmalig veranschlagt wurde. Der Name der Maßnahme (des Produktes) sollte möglichst textlich benannt werden zusätzlich zu der bereits aufgeführten Produktnummer sowie eine Information über den aktuellen Projektstand.	20		Das Thema wird im Rahmen der vorläufigen Jahresrechnung behandelt; die Maßnahmen werden künftig mit den entsprechenden Informationen hinterlegt.
4. Antrag CDU	AN/112/24	Die Verwaltung berichtet dem Gemeinderat, welche Bauvorhaben zur Schaffung von Wohnraum auf der Basis des § 246 e (BauGB) („BauTurbo“) genehmigt werden sollen.	60	61	Im ATU 26.02.2026 wird ein Sachstandsbericht zum Thema "Bauturbo" erstattet.
5. Antrag CDU	AN/113/24	Wir beantragen eine Liste aller Projektstellen aufzustellen. Dabei soll vermerkt werden, welche Stellen noch gefördert werden und wo der Förderungszeitraum bereits beendet ist. Ziel ist eine transparente Darstellung der Kosten für den städtischen Haushalt.	10		<i>*siehe Beiblatt</i>
6. Antrag CDU	AN/114/24	Wir beantragen, für die Kindergartenbedarfsplanung zusätzlich eine längerfristige Betrachtung der zukünftigen Entwicklungen von mindestens 5 Jahren, damit Maßnahmen zu Veränderungen der Anzahl der Gruppen und Bedarfe einen etwas längeren Vorbereitungszeitraum erhalten.	IV		Die Bedarfsplanung im vorschulischen Bereich ist schwer zu prognostizieren. Die aktuell stark rückläufige Geburtenzahl war so nicht prognostiziert. Auch der Rückgang des Zuzuges von Menschen mit Fluchthintergrund ist schwer über Jahre im Voraus zu prognostizieren. Die Verwaltung empfiehlt bei der Bedarfsplanung weiter auf Sicht zu planen. Um auch zukünftig kurzfristig auf sich verändernde Bedarfe im schulischen und vorschulischen Bereich zu reagieren, sollte auch weiterhin auf hochflexible Angebote gesetzt werden. Aktuell wird von biregio die Prognosen für die Schulentwicklungsplanung aktualisiert. Die Verwaltung wird diese Planung mit dem Auftrag ergänzen, auch die Entwicklung im vorschulischen Bereich zu prognostizieren. Die Kosten für diesen Ergänzungsauftrag werden rund 4000 Euro betragen, die im Haushalt als Planungsmittel eingestellt sind.
7. Antrag CDU	AN/115/24	Die CDU-Fraktion beantragt einen Bericht zur möglichen Nachnutzung der Kindertagesstätte Bregenzer Straße.	Wifö	65	Vorbehaltlich der Umbaukosten und der Zustimmung durch den Gemeinderat kann sich die Verwaltung eine medizinische Nutzung der bisherigen KITA Bregenzer Straße in Maubach vorstellen. Interesse ist vorhanden
8. Antrag CDU	AN/116/24	Die Verwaltung wird gebeten zu überprüfen, wie der Hochwasserschutz entlang der Straßen, Gewässer und Uferzonen verbessert werden kann, insbesondere die Vermeidung von Engstellen in Bachläufen und Entfernung von Ablagerungen in den Schmutzfängern der Straßenentwässerung, zum Schutz vor Gefährdungen bei Starkregenereignissen.	66		Im Rahmen der jährlichen Berichterstattung im ATU wird fortlaufend über den Sachstand zum Hochwasserschutz berichtet.
1. Antrag SPD	AN/094/24	Die Verwaltung nimmt zeitnah, d.h.im Haushaltsjahr 2026, Stellung zu unseren teilweise mehrfach vorgelegten, aber bislang nicht beantworteten Haushaltsanträgen.	alle		Insgesamt wurden in der aktuellen Amtsperiode 90 Anträge eingereicht, wovon 48 bereits abschließend beantwortet wurden. Somit stehen insgesamt noch 42 Anträge zur Beantwortung aus. Zusätzlich sollen die im Rahmen der Haushaltsreden für das Jahr 2026 gestellten 43 Anträge heute beantwortet werden. Die Beantwortungen erfolgen im zuständigen Ausschuss für Technik und Umwelt.

2. Antrag SPD	AN/095/24	Die Verwaltung gestaltet den Kreisverkehr an der Plaisirschule so um, dass ein Überfahren der Mittelinsel nicht mehr möglich ist und damit die Verkehrssicherheit für Fußgänger, insbesondere Schülerinnen und Schüler, verlässlich erhöht wird.	61	66	Die Ringstraße muss von allen Fahrzeugen uneingeschränkt befahrbar sein. Die Fahrgeometrie des Kreisverkehrs macht deshalb eine überfahrbare Mittelinsel zwingend erforderlich, andernfalls muss wieder eine vorfahrtsregelte Kreuzung eingerichtet werden. Im Zusammenhang mit der Schulwegeplanung werden umfassend Maßnahmen für die Verkehrssicherheit rund um die Plaisirschule geprüft. Zu Beginn des Schuljahres 2026/27 wird eine Bestandsanalyse an der Plaisirschule angestrebt, die bis zum Ende des Schulhalbjahres abgeschlossen wird. Im Anschluss wird unter Berücksichtigung der Analyseergebnisse, Begehungen und Workshops ein Schulwegplan und ein Maßnahmenpaket erarbeitet. Im Sinne der Verbesserung der Verkehrssicherheit wird vorgezogen die Einrichtung einer Lichtsignalanlage auf dem Berliner Ring geprüft. Für den Taus-Campus ist die Bestandsanalyse abgeschlossen, der neue Schulwegplan wird bis Ende des Schuljahres erstellt. Im ATU am 26.02. erfolgt ein Zwischenbericht.
3. Antrag SPD	AN/096/24	Die Verwaltung sperrt die Grabenstraße für den Durchgangsverkehr zum 01.07.2026, soweit bis zu diesem Zeitpunkt kein kurzfristig realisierbares Neugestaltungskonzept zur attraktiven Fußgängerzone vorgelegt wird und installiert in Höhe der Einmündung in die Eduard-Breuninger-Straße bergwärts versenkbare Poller, die lediglich die Durchfahrt für Busse, Taxen und Blaulichtorganisationen freigeben.	61	30 66	Gemäß der Beschlusslage des Gemeinderats wird die Umsetzung eines ganzheitlichen Verkehrsberuhigungskonzepts angestrebt, dass die berechtigten Interessen aller Beteiligten berücksichtigt. Eine vorgezogene Sperrung ist insbesondere aufgrund des uneingeschränkten Zufahrtsrechts zur Tiefgarage der Volksbank nicht möglich und würde darüber hinaus im Widerspruch zur vereinbarten Vorgehensweise im Gemeinderat stehen. Die Stadtverwaltung befindet sich derzeit in intensiver Abstimmung mit dem Parkhausbetreiber, um schnellst möglich die zwingend notwendige Zustimmung der Eigentümergemeinschaft zu erreichen.
4. Antrag SPD	AN/097/24	Die Verwaltung lädt Vertreterinnen des Regierungspräsidiums und des VVS ein, um detailliert über die geplanten Umleitungen, die veränderten Schulwege und den Schienenersatzverkehr im Zuge des weiteren Ausbaus der B 14 zu informieren. Dabei soll auch die Bevölkerung frühzeitig und fortlaufend über die Konsequenzen aus der Sperrung der B 14 und den Bahnlinien Richtung Stuttgart und Ludwigsburg unterrichtet werden.	30	61	Ein entsprechendes Konzept wird derzeit in enger Abstimmung mit dem Regierungspräsidium Stuttgart, sowie den von der Umleitungsstrecke betroffenen Kommunen und dem ÖPNV erarbeitet. Eine Vorstellung ist rechtzeitig vor der ersten Sperrphase der B14 vorgesehen. Eine breite Öffentlichkeitsarbeit ist bei dieser Baumaßnahme von größter Bedeutung. Daher werden die Pressemitteilungen des Regierungspräsidiums durch zusätzliche Berichte und Hinweise mittels den städtischen Veröffentlichungsmedien unterstützt, um eine möglichst breite Reichweite zu entfalten. Siehe AN 075/24
5. Antrag SPD	AN/098/24	Die Verwaltung schreibt zeitnah das aktuelle Katastrophenschutzkonzept unter besonderer Berücksichtigung geplanter Maßnahmen bei großflächigen Stromausfällen fort und prüft, inwieweit in den Sporthallen „Insellösungen“ zur Stromversorgung aufgebaut werden können und ob ebenso im geplanten Neubau des THW eine vergleichbare Möglichkeit besteht.	30	Stadtwerke 65	Das städtische Katastrophenmanagement wird fortlaufend auf aktuelle Gefahrenlagen angepasst. Die Feuerwehrehäuser-Mitte und -Süd, sowie die Murrtaal-Arena und zwei Verwaltungsgebäude sind bereits in der Lage im Notfall autark versorgt zu werden. Für Bürger gibt es bei einem Stromausfall eingerichtete "Notfalltreffpunkte" als Anlaufstelle, die unter anderem mit Strom versorgt werden. Detaillierte Informationen stehen auf der städtischen Homepage unter der Rubrik "Katastrophenschutz" zur Verfügung. Mit der THW Ortsgruppe Backnang steht die Stadtverwaltung in engem Austausch und wird die Anregung mit aufnehmen. Grundsätzlich ist es jedoch gerade in Katastrophenfällen von immenser Bedeutung die Einsatzgebäude der Rettungs- und Hilfsorganisationen einsatzbereit zu halten und nicht anderen Zwecken zuzuführen.
6. Antrag SPD	AN/099/24	Zur Entlastung der Verwaltung und auch aus wirtschaftlichen Gründen beantragen wir, künftig auf zeit- personal- und kostenintensive Planungen zu verzichten, die voraussichtlich nicht in einem überschaubaren Rahmen verwirklicht werden können und unrealistische Erwartungen wecken.	I		Im Zuge der aktuell angespannten Haushaltslage wird der Antrag befürwortet und begrüßt. Die Verwaltung wird sich daher unter Beachtung der zur Verfügung stehenden Finanz- und Personalressourcen auf wesentliche Planungen konzentrieren. Dem Gemeinderat als Hauptorgan der Stadt, kommt dabei eine zentrale Rolle bei der Orientierung an den genannten Grundsätzen für städtische Planungen zu.
7. Antrag SPD	AN/100/24	Die Verwaltung prüft die Möglichkeit, an den Backnanger Schulen ein vergleichbares Pausenvesperangebot zu machen, nachdem vermehrt festgestellt wird, dass manche Kinder ungefrühstückt in den Unterricht kommen.	50		Beantwortung erfolgt im nächsten Schulbeirat.
1. Antrag Bündnis90/Die Grünen	AN/074/24	Wir beantragen ein Konzept zu entwickeln, wie der Fuhrpark der Stadt klimaneutral wird.	10	66 30 KM	Die Dienstanweisung Beschaffung der Stadt Backnang vom März 2025 sieht bereits klare Vorgaben für eine klimafreundliche Beschaffung von Fahrzeugen vor. Dabei sind Elektroantriebe vor Hybrid- und Verbrennermotoren zu priorisieren. Ein Wechsel zur nächsten Stufe ist nur bei zwingenden Gründen und in Abhängigkeit der geplanten Nutzung möglich.

2. Antrag Bündnis90/Die Grünen	AN/075/24	Wir beantragen, bis zum Sommer, ein Konzept vorzustellen, wie der Verkehr während der Sperrung der B14 durch Backnang geleitet wird.	30		Ein entsprechendes Konzept wird derzeit in enger Abstimmung mit dem Regierungspräsidium Stuttgart, sowie den von der Umleitungsstrecke betroffenen Kommunen und dem ÖPNV erarbeitet. Eine Vorstellung ist rechtzeitig vor der ersten Sperrphase der B14 vorgesehen. Eine breite Öffentlichkeitsarbeit ist bei dieser Baumaßnahme von größter Bedeutung. Daher werden die Pressemitteilungen des Regierungspräsidiums durch zusätzliche Berichte und Hinweise mittels den städtischen Veröffentlichungsmedien unterstützt, um eine möglichst breite Reichweite zu entfalten. Siehe Antrag AN 097/24
3. Antrag Bündnis90/Die Grünen	AN/076/24	Wir beantragen das Anbringen eines Verkehrsspiegels an der Einmündung Mühlstraße in die Schöntaler Straße	30		Durch die bauliche Entwicklung in der Mühlstraße hat sich die Verkehrsdichte im Einmündungsbereich der Schöntaler Straße erhöht. Der Kreuzungsbereich wird daher auf eine verbesserte Einsehbarkeit hin von der Verkehrsbehörde geprüft.
4. Antrag Bündnis90/Die Grünen	AN/077/24	Laub ist kein Abfall, sondern kostenloser Dünger. Wir beantragen, das Laub so in allen städtischen Anlagen bleiben soll das für Igel, Amsel und CO. Habitate geschaffen werden.	66		Wo immer möglich, wird das Laub auf öffentlichen Flächen belassen. Dies spart Zeit und Kosten für den Baubetriebshof. Von dieser Vorgehensweise wird abgesehen, wenn dadurch gesundheitliche Beeinträchtigungen (z. B. Kastanienminiermotte) oder negative Auswirkungen auf Nachbargrundstücke durch Verwehungen zu befürchten sind.
5. Antrag Bündnis90/Die Grünen	AN/078/24	Benzin betriebene Laubbläser verursachen starken Lärm und Abgase. Wir beantragen die Umstellung auf Akku betriebene Geräte.	66		Im Baubetriebshof werden zu 2/3 bereits akkubetriebene Laubbläser eingesetzt. Auf die benzinbetriebene Variante kann aus Leistungsgründen noch nicht vollständig verzichtet werden.
6. Antrag Bündnis90/Die Grünen	AN/079/24	Es gibt immer mehr Kinder mit gesundheitlichen Auffälligkeiten, z.B. Übergewicht Die Verwaltung überprüft die Einführung von Gesundheitslotsen, die auch die Eltern beraten können. Des Weiteren soll geprüft werden, ob die Stadt eine heilpädagogische Einrichtung, als Angebot für die Verwaltungsgemeinschaft, einrichten kann.	50		Die erste Thematik betrifft den Kita- und Schulbereich. Die Einrichtung einer heilpädagogischen Einrichtung, welche wir begrüßen würden, ist im Kita-Bereich verortet. Für beide Themen wird auf eine Beantwortung in einer der nächsten JSAs verwiesen.
7. Antrag Bündnis90/Die Grünen	AN/080/24	Wir beantragen, die Parkzeit an der unteren Schöntaler Straße zu befristen.	20	30 61	In dem Bereich der unteren Schöntaler Straße wird die Parkzeit analog dem Bereich auf Höhe der Aspacher Straße 41 "Anwohnerparken und Höchstparkdauer 2 Stunden von Montag bis Freitag 7 - 19 Uhr und am Samstag 7 - 16 Uhr" begrenzt. Im Zuge der Entwicklung und Ausarbeitung des neuen Parkraumkonzeptes werden diese Parkflächen einbezogen und überprüft.
8. Antrag Bündnis90/Die Grünen	AN/081/24	Wir beantragen die Einführung einer Pferdesteuer.	20		In Baden-Württemberg wird von keiner Kommune eine Pferdesteuer erhoben. Bundesweit wird lediglich in einer Kommune in Hessen eine Pferdesteuer erhoben. Reiten ist vom Deutschen Olympischen Sportbund als Gesundheitssport anerkannt. Darüber hinaus entstünden den örtlichen Betrieben Standortnachteile, zudem stehen bürokratischer Aufwand und Ertrag aus Sicht der Verwaltung in keinem vernünftigen Verhältnis. Von der Einführung einer Pferdesteuer wird deshalb abgeraten.
9. Antrag Bündnis90/Die Grünen	AN/082/24	Wir beantragen die Prüfung einer Seilbahnverbindung vom Biegel zum Bürgerheim	61		Seilbahnen dienen dem schnellen Transport von Menschen auf direktem Weg. Ihr Einsatz setzt ein dauerhaft hohes Passagieraufkommen voraus. Zudem ist deren Einsatz gerade dann sinnvoll, wenn die Wege lang oder aufgrund von Topographie oder Umwegigkeiten unkomfortabel sind. In diesen Fällen, können die vglw. hohen Kosten für Bau und Betrieb gerechtfertigt sein. Die vorgeschlagene Verbindung vom Biegel zum Bürgerheim erfüllt diese Anforderungen nach Auffassung der Verwaltung nicht. Die Einrichtung einer Seilbahn wäre daher weder städtebaulich sinnvoll noch wirtschaftlich gerechtfertigt.
10. Antrag Bündnis90/Die Grünen	AN/083/24	Der Weg vom Maubacher Bahnhof hinunter zu den Behelfsbushaltestellen (Schienenersatzverkehr) wird für Fußgänger gesichert und gekennzeichnet	66	30	Die Anregung wird im Zuge der Abstimmung des Schienenersatzverkehrs geprüft und gegebenenfalls umgesetzt.
11. Antrag Bündnis90/Die Grünen	AN/084/24	Beim Wonnemar kommt es oft zu einem unnötigen Anfahren der oberen Parkplätze. Analog zur Bleichwiese wird eine Anzeige angebracht, wie viele Parkplätze oben noch zur Verfügung stehen.	Bäderbetrieb	20	Der betreffende Parkplatz ist im Pacht- und Betriebsvertrag an den Badbetreiber InterSPA verpachtet. InterSpa plant im Frühjahr die Einführung von kostenpflichtigem Parken auf den Besucherparkplätzen vor dem Hallenbad. Das Fahrzeugkennzeichen des Badegastes soll beim Kommen und Gehen über eine Kamera erfasst werden. Da auf dem Parkplatz vor dem Freibad kein kostenpflichtiges Parken eingeführt wird, geht die Verwaltung davon aus, dass in Zukunft der Parksuchverkehr an den oberen Parkplätzen zurückgehen wird. Es wird daher vorgeschlagen, die zukünftige Entwicklung des Parksuchverkehrs in diesem Bereich abzuwarten und gegebenenfalls in Zukunft nachzusteuern.

12. Antrag Bündnis90/Die Grünen	AN/085/24	Backnang prüft, ob sie Angebote in die überregionale Erlebniskarte einbringen kann zu Verbesserung des Bekanntheitsgrades von Wonnemar, Stadtführung, Bürgerhaus, Bandhaus, Galerie, Technikforum, Gastronomie	40 Öffentlichkeitsarbeit	20	Grundsätzlich wird die Idee von der Verwaltung unterstützt. Die umfangreiche Beantwortung erfolgt im zuständigen Verwaltungs- und Finanzausschuss.
13. Antrag Bündnis90/Die Grünen	AN/086/24	Die Stadtverwaltung prüft, wie der Plattenwald erweitert werden kann. Und zwar in Form eines Landschaftsparkprojektes, welches von der Region Stuttgart bezuschusst würde. Dazu wird Kontakt mit entsprechenden Stellen aufgenommen und Beratung in Anspruch genommen.	61		Die Prüfung der Randbereiche des Plattenwaldes ergab insgesamt eine schwierige Situation für eine Walderweiterung. Im Nordosten/Osten wird der Plattenwald begrenzt durch die Gemarkungsgrenze zu Oppenweiler, im Süden durch die Murr und im Westen zum Teil durch das Stadtgebiet. Im westlichen Bereich gibt es Konflikte mit landwirtschaftlichen Nutzungen auf leicht zu bewirtschafteten, ebenen Flächen mit sehr guter Bodenqualität (Linkholzäcker, westlich des Waldfriedhofes) oder ökologisch wertvollen Wiesenflächen mit zum Teil Streuobst (Seehoffeld, Starkenfeld, Zeller Weg). Als einzige geeignete Fläche ergibt sich im südöstlichen Randbereich eine Fläche im städtischen Besitz (Bodenhau) und südlich davon ein Streifen entlang der Murr (Murrwiesen), der eventuell zu einem ökologisch wertvollen Auwald entwickelt werden könnte und das FFH-Gebiet entlang der Murr (Murr und Ufergehölze) sinnvoll ergänzen könnte. Leider befindet sich in den Murrwiesen nur eine kleine Fläche in städtischem Eigentum. Eine Abstimmung mit den Forstbehörden und dem Landratsamt (Naturschutz + Gewässer) wird durchgeführt. Bei positivem Bescheid werden Grundstücksverhandlungen veranlasst und die Förderfähigkeit der Maßnahme durch den Verband Region Stuttgart im Rahmen des Landschaftsparksprogramms oder ggf. durch den Naturpark Schwäbisch Fränkischer Wald geprüft. Die Finanzierung könnte eventuell auch in Form einer Anrechnung von Ökopunkten oder naturschutzfachlichen Ausgleichsmaßnahme erfolgen.
14. Antrag Bündnis90/Die Grünen	AN/087/24	Die Stadtverwaltung soll die Planung für den Umbau der Blumen und Stuttgarter Straße mit Verbesserung für den Fuß und Fahrradverkehr angehen und den Umbau im HH2027 einplanen.	61	30 66	Der Umbau der Stuttgarter Straße und Blumenstraße setzt zunächst eine abgestimmte verkehrliche Lösung voraus, insbesondere in Bezug auf Maßnahmen zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit und städtebaulichen Integration der Adenauerkreuzung. Sobald eine solche verkehrsplanerische Lösung vorliegt, kann im nächsten Schritt die erforderliche Vorentwurfs-, Entwurfs-, sowie Ausführungsplanung erstellt werden. Unter diesen Voraussetzungen wurden für das Haushaltsjahr 2026 keine Haushaltsmittel eingeplant. Im Zuge des in Bearbeitung befindlichen Aktionsplans Mobilität, Klima- und Lärmschutz werden die Blumenstraße und die Stuttgarter Straße sowie die Adenauerkreuzung durch das beauftragte Verkehrsplanungsbüro bearbeitet (Strategische Zielstellung, Musterquerschnitt, zukünftige Funktion im Straßennetz). Zum Beschluss des Aktionsplan werden alle dort erarbeiteten Maßnahmen durch den Gemeinderat priorisiert. Eine bauliche Umsetzung kann erst nach Abschluss der Arbeiten am KAWAG Kreisel erfolgen. Der Schwerpunkt der Straßenbauplanung 2026 liegt auf den durch die Fernwärme tangierten Straßen Heininger Weg, Südstraße, Hohenheimer Straße sowie der Maubacher Straße und den Planungen für Lindenstieg, Heimgarten und Im Blütengarten.
15. Antrag Bündnis90/Die Grünen	AN/088/24	Sprache ist der Zugang zur Bildung. Die Verwaltung prüft, wie eine gleichmäßigere Verteilung der Kinder mit und ohne Migrationshintergrund auf die Kindergartengruppen erzielt werden kann.	50		Die Beantwortung unter der Abwägung des Sozialraums, der Bedarfsplanung sowie unter pädagogischen Aspekten soll in einem der nächsten JSAs erfolgen.
16. Antrag Bündnis90/Die Grünen	AN/089/24	Die Verlässlichkeit von privaten Trägern im Kindergarten sinkt durch den Rückgang der Geburtenraten. Die Verwaltung zeigt auf, wie im Krisenfall die Kinder in städtischen Einrichtungen untergebracht werden können bis zum worst case Fall.	50		Hierbei handelt es sich um eine Frage der Bedarfsplanung/Platzvergabe, die Beantwortung soll in einem der nächsten JSAs erfolgen.
17. Antrag Bündnis90/Die Grünen	AN/090/24	Wir beantragen ein Konzept, wie und wo freiwerdende Betreuungseinrichtungen für z.B. Tagesbetreuungseinrichtungen für Demenzkranke entstehen können. Denn durch fehlende Elternbetreuungsplätze können u.a. Frauen, welche ihre Eltern pflegen, nicht an der Erwerbsarbeit teilnehmen.	50		Hierbei handelt es sich um eine Frage der Bedarfsplanung/Platzvergabe, die Beantwortung soll in einem der nächsten JSAs erfolgen. Zunächst erfolgt die Klärung, wo / welche Räumlichkeiten frei werden. Nach dieser Klärung wird eine Konzeption zur sinnvollen Nachnutzung erarbeitet
18. Antrag Bündnis90/Die Grünen	AN/091/24	Für viele Tiere ist Silvester eine „Horrornacht“. Die Verwaltung prüft ein Böllerverbot. Zugelassen sind nur noch Feuerwerke ohne Detonationsgeräusche.	30		In den vergangenen Jahren wurde ein auf die Innenstadt begrenztes Abbrennverbot für Feuerwerkskörper erlassen. Ein umfassendes Verbot von Feuerwerkskörpern bzw. eine Regelung für Feuerwerke ohne Detonationsgeräusche ist rechtlich nur auf Bundes- oder Landesebene möglich, da die einschlägigen Regelungen in der Sprengstoffverordnung verankert sind.

19. Antrag Bündnis90/Die Grünen	AN/092/24	Für viele Baugebiet gibt es ein Pflanzgebot. Alle zwei Jahre soll überprüft werden ob diese Gebote auch eingehalten werden.	60	61	Die Baurechtsbehörde ist mit einer Vielzahl von gesetzlichen Aufgaben konfrontiert. Vor dem Hintergrund der begrenzten Personalressourcen müssen Prioritäten gesetzt werden. Diese liegen in erster Linie bei sicherheitsrelevanten Aufgaben und der fristgerechten Bearbeitung von Bauanträgen im Sinne der Antragsteller. Wenn die Baurechtsbehörde Kenntnis von bauplanungsrechtlichen Verstößen erlangt, geht sie diesen selbstverständlich nach. Nach Erfahrung der Baurechtsbehörde verhält sich der ganz überwiegende Teil der betroffenen Grundstückseigentümer rechtskonform.
20. Antrag Bündnis90/Die Grünen	AN/093/24	Mikrowälder nach der Dr.Miyawaki Methode sind gut zur Reduzierung der Luftverschmutzung und haben eine hohe CO2 Aufnahme. Die Verwaltung zeigt auf wo in Backnang diese Wälder möglich sind und wie die Umsetzung stattfinden kann.	61	KM	Die Stadtverwaltung und die Forstverwaltung sehen den Sinn der Micro-Wälder und haben entsprechende Flächen im Stadtgebiet geprüft. Im Rahmen einer ATU-Sitzung werden die Prüfergebnisse vorgestellt.
1. Antrag Junge Liste	AN/101/24	Erneute Prüfung der Errichtung einer Liegewiese an der Murr in der Innenstadt (Flussabwärts des Wehrs am Willy-Brandt-Platz am Südufer der Murr). Dies kann durch regelmäßige Mäharbeiten naturnah und kostengünstig und mit Hilfe eines schottbaren Durchgangs auch im Sinne des Hochwasserschutzes realisiert werden.	61	66	Aktuell besteht keine Handlungsmöglichkeit, da der Planfeststellungsbeschluss eine solche Maßnahme nicht vorsieht (Querschnittsverengung). Im Bereich des Willy-Brandt-Platzes sieht das Hochwasserschutzkonzept den Einbau einer Rauen Rampe vor. Diese steht im grundsätzlichen Widerspruch zur Idee einer Liegewiese. Im Bereich des Tiefufers der Aspacher Brücke besteht bereits heute die Möglichkeit sich direkt am Gewässer aufzuhalten. Diese Fläche soll im Zuge von weiteren Maßnahmen zur Gewässerattraktivierung aufgewertet werden.
3. Antrag Junge Liste	AN/103/24	Wir beantragen die Durchführung einer Klausurtagung im Herbst dieses Jahres zum Haushaltsplan 2027 mit dem gesamten Gemeinderat.	20	II	Die Stadtverwaltung steht dem Vorschlag offen gegenüber. Die Beratungsfolge für die Haushaltsplanberatungen des Jahres 2027 wird daher im ersten Schritt dem Ältestenrat vorgeschlagen. Siehe Antrag AN 109/24
4. Antrag Junge Liste	AN/104/24	Wir beantragen die jährliche Durchführung einer Einwohnerversammlung gemäß § 20a Gemeindeordnung Baden-Württemberg, um die Bürgerschaft regelmäßig über strategische Entwicklungen in der Stadt zu informieren. Es soll dort über die wesentlichen Projekte der vergangenen und zukünftigen 12 Monate informiert werden und Raum für Dialog und Einwohnerbeteiligung geschaffen werden.	10	II	Die Stadtverwaltung rät von der Durchführung einer zentralen Veranstaltung für die Gesamtstadt ab. Die Erfahrung zeigt, dass aufgrund der Vielfalt und Komplexität der Themen eine zufriedenstellende Beantwortung von Bürgerfragen häufig nicht im gewünschten Umfang gewährleistet werden kann. Die Stadtverwaltung hat hingegen sehr gute Erfahrungen mit thematisch und räumlich fokussierten Bürgerveranstaltungen gemacht. Hier kann gezielt und umfänglich auf die Fragen, Wünsche und Anregung aus der Bürgerschaft eingegangen werden. Im Ergebnis ist eine deutlich höhere Zufriedenheit der Bürgerschaft nach solchen Veranstaltungen festzustellen. Bürgerinformationsveranstaltungen wurden bspw. zu folgenden Themen veranstaltet: geplanter Windpark Hörnle in Waldrems/Heiningen, Starkregenrisikoversorge in der Gesamtstadt und in den Schöntalen, Laufzeitverlängerung der Deponie Steinbach, Ortsentwicklungskonzept Maubach, Entwicklungsgebiet Obere Walke, Baumaßnahmen Röntgenstraße und Blütengarten sowie diverse Infoveranstaltungen zur Einrichtung von Unterkünften für geflüchtete Menschen.

5. Antrag Junge Liste	AN/105/24	Wir beantragen die Verschiebung der Planung zum Bau des neuen ZOBs auf unbestimmte Zeit. Die städtische Verschuldung lässt aus unserer Sicht in naher Zukunft kein Projekt dieser Größenordnung zu.	61		Der Neubau des ZOB betrifft den Investitionshaushalt. Es handelt sich hier um den zentralen Bestandteil des Gesamtprojekts Mobilitätsdrehscheibe Bahnhof Backnang. Dieses umfasst verschiedene, zwischen der Stadt Backnang, dem Land Baden-Württemberg, dem Verband Region Stuttgart und der Deutschen Bahn (DB InfraGO AG) abgestimmte Teilkonzepte zum vollständig barrierefreien Ausbau des Bahnhofs Backnang als Verknüpfungspunkt der verschiedensten Verkehrsarten sowohl für Backnang als auch für die Umlandgemeinden. Die Mobilitätsdrehscheibe hat herausragende Bedeutung für einen zukunftsfähigen ÖPNV als Basis für eine Mobilitätswende im Sinne des Klimaschutzes. Das Projekt ist in mehrere Bauabschnitte untergliedert, die einem zeitlichen Ablauf unterliegen, der sich u.a. an fest eingeplanten Sperrpausen der DB AG orientiert. Der Neubau des ZOB mit allen erforderlichen Anpassungsmaßnahmen im Straßenraum sowie die unmittelbar damit zusammenhängende Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes mit einem Gesamtinvestitionsvolumen in Höhe von rund 17 Millionen Euro wurden fristgerecht zum 31.10.2025 zur Aufnahme in das LGVFG-Förderprogramm angemeldet. Die Stadtverwaltung geht von einer Programmaufnahme im Frühjahr 2026 aus. Ab diesem Zeitpunkt ist innerhalb von drei Jahren der eigentliche Förderantrag einzureichen, ansonsten verfallen die reservierten Zuwendungen. Vor dem Hintergrund des umfangreichen Abstimmungsbedarfs und des komplexen Planungsprozesses kann die Vorlage eines aussagekräftigen Förderantrags mit fundierter Kostenberechnung spätestens zum Frühjahr 2029 nur sichergestellt werden, wenn im Jahr 2028 hierfür entsprechende Haushaltsmittel bereit stehen. Eine Herausnahme der Planungsmittel bedeutet eine Verzögerung von mehreren Jahren. In Bezug auf das Empfangsgebäude hat die DB InfraGO der Stadtverwaltung Ende 2025 mitgeteilt, dass das Gebäude am Bahnhof Backnang in ein Sonderprogramm des Bundes aufgenommen wurde und umfassend modernisiert werden soll (Invest: einstelliger Millionenbereich). Dadurch ergeben sich neue Möglichkeiten: Anpassung der Gebäudeanschlusshöhen (Barrierefreiheit, offene und einsehbare Platzflächen), sowie der Rückbau verschachtelter Gebäudebereiche (Auflösen von Angsträumen Richtung ZOB). Dies erfordert eine gemeinsame Planung mit den anschließenden Freianlagen, die sich im städtischen Eigentum befinden. Auch hierfür ist die eingestellte Planungsrate zur Weiterentwicklung der Vorentwurfs- und Entwurfsplanung für die an das Empfangsgebäude angrenzenden öffentlichen Flächen zwingend notwendig.
6. Antrag Junge Liste	AN/106/24	Wir beantragen vor dem Kauf neuer Lizenzen die Verfügbarkeit von Second-Hand-Lizenzen zu prüfen, etwa für Microsoft Office, aber auch für andere Programme.	10		Bei der Beschaffung von IT-Hard- und Software sind wir darauf bedacht, nachhaltige und kostengünstige Lösungen zu finden. Tatsächlich setzen wir bereits Gebrauchtlicenzen für Microsoft Office 2024 ein und prüfen bei Neubeschaffungen gezielt, ob der Einsatz solcher Lizenzen möglich ist. Wir werden weiterhin prüfen, wo der Einsatz von Second-Hand-Lizenzen sinnvoll und rechtlich sicher möglich ist.
7. Antrag Junge Liste	AN/107/24	Wir beantragen erneut die Prüfung von möglichen Standorten für die Aufstellung von öffentliche Basketballkörben	40		Die generellen Bedarfe von informellen Sportangeboten werden im Rahmen des aktuellen Sportentwicklungsplans beleuchtet. Aus den Ergebnissen wird ein entsprechender Maßnahmenkatalog erarbeitet.
8. Antrag Junge Liste	AN/108/24	Wir beauftragen die Verwaltung zur Erstellung einer Satzung, nach der Automatenbetreiber verpflichtet werden, in unmittelbarer Nähe ihrer Automaten Mülleimer aufzustellen.	30 / 60		Sollten Automaten auf öffentlicher Fläche genehmigt werden, wird künftig eine Auflage zur Müllbeseitigung ergänzt.

Unbeantwortete Vorschläge der Fraktionen im Zuge der Haushaltskonsolidierung

Antrag 11 Bündnis90/Die Grünen		Die Stadt verkauft den Kindergarten in Maubach Bregenzer Straße 8 und führt sie einer Bebauung mit hohem Anteil von sozialem Wohnungsbau zu.	Wifö	65	
Antrag 1 / Junge Liste		Planungsrate neuer ZOB: Verschiebung der Mittelbereitstellung auf das Jahr 2029.			Die Position „Planungsrate“ wird im Zuge des Haushalts 2027 neu beraten. Zu diesem Zeitpunkt steht auch fest, ob die Stadt mit dem Förderantrag „Ersatzneubau des ZOB“ erfolgreich war und bei der Programmentscheidung berücksichtigt wurde.

Antrag 2 / Junge Liste		Städtische Wohnbau: Reduzierung des Zuschusses einmalig um 300.000 Euro; Abschmelzung der reduzierten Zuschusshöhe über die kommenden Haushaltsjahre.	20	WB	Die Schaffung von preisgebundenem Wohnraum und die energetischen Sanierungen der Bestandsobjekte ist nur mit entsprechenden Baukostenzuschüssen und Kapitaleinlagen wirtschaftlich darstellbar. Eine Reduzierung der Investitionskostenzuschüsse würde insbesondere die Schaffung dringend benötigter preisgebundener Wohnungen ausbremsen und die Umsetzung geplanter Projekte verlangsamen. Eine Reduzierung der investiven Ansätze ist damit nicht empfehlenswert.
Antrag 3 / Junge Liste		ZOB-Parkhaus - Dachsanierung: Aufnahme einer Planungsrate i.H.v. 100.000 € für die Sanierung des Daches des Parkhauses und Erstellung einer PV-Anlage.	20		Das Dach des ZOB-Parkhauses ist dringend sanierungsbedürftig. Eine Planungsrate soll im Haushalt 2027 eingestellt werden. Für die PV-Anlage wird eine Kooperation mit den SWBK oder der Bürgergenossenschaft angestrebt.